

Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Sommersession 2018

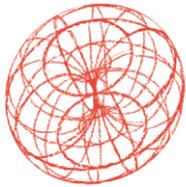
Im Nationalrat wurden in dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Von besonderem Interesse ist der Vorstoss zur Situation von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus (*Sans-Papiers*): Nachdem die Kommission für Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) mit einer Motion die Rechtsansprüche von *Sans-Papiers* auf und aus Sozialversicherungen beschränken wollte, reichte die Staatspolitische Kommission des Rats (SPK-NR) als Reaktion das Postulat «[Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers](#)» ein. Damit sollen die Folgen von den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen umfassend und unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Genfer Operation Papyrus aufgezeigt werden. Die SGK-NR hat schliesslich ihre ursprüngliche Motion zurückgezogen, worauf hin der Nationalrat dem Postulat der SPK-NR zustimmte. Weiter hat der Nationalrat die Motion der ständerätlichen Staatspolitischen Kommission angenommen, die eine [punktuelle Anpassungen am Status der vorläufigen Aufnahme](#) fordert. Die Anpassungen betreffen die «höchsten Hürden» für die Integration in den Arbeitsmarkt für Personen, die längerfristig in der Schweiz bleiben. Es geht dabei um die Änderung des Begriffs «vorläufige Aufnahme» und die Erleichterung beim Kantonswechsels zwecks Erwerbstätigkeit. Insbesondere für Minderjährige ist der Status der vorläufigen Aufnahme im Bildungs- und Ausbildungsbereich mit grossen Schwierigkeiten verbunden (z.B. bei der Lehrstellensuche). Der Bundesrat ist nun beauftragt, die Anpassungen umzusetzen.

Der **Ständerat** hat nach dem Nationalrat ebenfalls den [Änderungen des Gesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen](#) zugestimmt. Mit der Vorlage will der Bundesrat den Persönlichkeitsschutz bei genetischen Untersuchungen stärken. Das Angebot an genetischen Tests hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Um Missbräuchen vorzubeugen und den Schutz der Persönlichkeit zu gewährleisten, wird das Gesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) umfassend revidiert. Es regelt neu auch genetische Tests ausserhalb des medizinischen Bereichs und pränatale Bluttests. Zudem wird festgeschrieben, dass die Eltern erst nach der 12. Schwangerschaftswoche über das Geschlecht des Ungeborenen informiert werden dürfen.

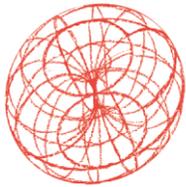
Schliesslich haben sich die eidgenössischen Räte auch mit der [Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter»](#) befasst. Die Volksinitiative will den Vorrang des Verfassungsrechts gegenüber dem Völkerrecht verankern und die Behörden verpflichten, der Verfassung widersprechende völkerrechtliche Verträge anzupassen und nötigenfalls zu kündigen. Ständerat und Nationalrat folgen der Empfehlung des Bundesrates und empfehlen die Vorlage ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Eine Annahme der Initiative würde die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz relativieren und damit auch die Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention schwächen.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten).

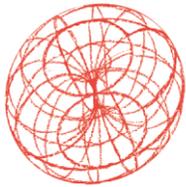
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



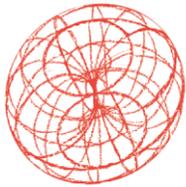
Datum	Nationalrat	Ständerat
29.05.2018	<p>17.414 (Parlamentarische Initiative Fraktion SVP): Die Illegalität ist kein Härtefall</p> <p>Die Vorlage verlangt eine Änderung von Artikel 30 Absatz 2 des Ausländergesetzes (AuG) mit dem Zusatz: "Der Bundesrat regelt das Verfahren." Ausserdem wird verlangt, dass die Härtefallkriterien direkt im Gesetz festgelegt werden (mit einem neuen Artikel 30bis. Die Härtefallkriterien umfassen neu nur noch die folgenden Punkte: «1. Liegt ein schwerwiegender persönlicher Härtefall vor und kann die Wiedereingliederung in den Herkunftsstaat nicht angeordnet werden, kann eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden. Bei der Beurteilung berücksichtigt die Behörde insbesondere: a. die gute Integration der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers; b. die Respektierung der Rechtsordnung durch die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller; c. die Familienverhältnisse, insbesondere den Zeitpunkt der Einschulung und die Dauer des Schulbesuchs der Kinder; d. die finanziellen Verhältnisse sowie den Willen zur Teilhabe am Wirtschaftsleben und zum Erwerb von Bildung; e. die Dauer der Anwesenheit in der Schweiz.» Zudem sollen die Härtefallbewilligungen in die Drittstaaten-Kontingente eingerechnet werden.</p> <p>Ziel der Vorlage ist es, die Legalisierung von <i>Sans-Papiers</i> auf Basis humanitärer Härtefallbewilligungen zu stoppen. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hat mit 13 zu 10 Stimmen der Vorlage keine Folge gegeben.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat lehnt die Vorlage mit 127 zu 67 Stimmen ab. Somit empfiehlt das Parlament dem Stimmvolk die Ablehnung der Initiative.	



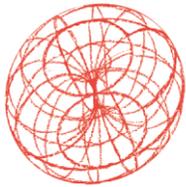
Datum	Nationalrat	Ständerat
30.05.2018	<p>17.046 (Geschäft des Bundesrates): Schweizer Recht statt fremde Richter. Volksinitiative. Die Volksinitiative will den Vorrang des Verfassungsrechts gegenüber dem Völkerrecht verankern und die Behörden verpflichten, der Verfassung widersprechende völkerrechtliche Verträge anzupassen und nötigenfalls zu kündigen. Eine Annahme der Initiative würde die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz relativieren und damit auch die Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention schwächen. Der Ständerat sprach sich in der Frühjahrsession mit 36 zu 6 Stimmen deutlich gegen die Volksinitiative aus.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat folgt dem Ständerat und spricht sich mit 129 zu 68 Stimmen deutlich gegen die Initiative aus. 	<p>17.048 (Geschäft des Bundesrats): Genetische Untersuchung beim Menschen. Bundesgesetz. Der Bundesrat will den Persönlichkeitsschutz bei genetischen Untersuchungen stärken. Das Angebot an genetischen Tests hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Um Missbrauch vorzubeugen und den Schutz der Persönlichkeit zu gewährleisten, wird das Gesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) umfassend revidiert. Es regelt neu auch genetische Tests ausserhalb des medizinischen Bereichs und pränatale Bluttests. Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass weiterhin nur Eigenschaften abgeklärt werden dürfen, die die Gesundheit des werdenden Kindes beeinträchtigen. Zudem wird festgeschrieben, dass die Eltern erst nach der 12. Schwangerschaftswoche über das Geschlecht des Ungeborenen informiert werden dürfen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-NR) beantragte ihrem Rat, auf die Vorlage einzutreten und diese mit den gemachten Änderungsvorschlägen zu übernehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat folgt einstimmig dem Nationalrat und verabschiedet die neuen Regeln für Gentests.
05.06.2018	<p>18.3053 (Postulat Campell): Möglichkeiten zur Unterstützung von obligatorischen Schulsportlagern. Der Bundesrat wird beauftragt, den Handlungsspielraum auf Stufe Bund hinsichtlich der finanziellen Unterstützung von obligatorischen Schulsportlagern zu prüfen. In einem entsprechenden Bericht soll insbesondere aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten im Rahmen des Programms Jugend und Sport bestehen, um obligatorische Schulsportlager (Sommersport- und insbesondere Schneesportlager) verstärkt zu unterstützen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat hat das Postulat mit 171 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. 	-



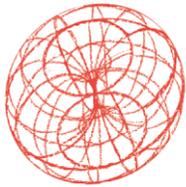
Datum	Nationalrat	Ständerat
05.06.2018	<p>17.3605 (Motion Gmür-Schönenberger): Aufhebung des Moratoriums für neue „Jugend und Sport“-Sportarten. Der Bundesrat wird beauftragt, die "Jugend und Sport"-Rechtsgrundlagen so anzupassen, dass das Moratorium für neue "Jugend und Sport"-Sportarten aufgehoben wird. Für bisher unterstützte Sportarten, insbesondere Kleinstsportarten, soll grundsätzlich Besitzstandswahrung gelten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung, der Nationalrat hat die Vorlage in erster Lesung angenommen. Der Ständerat folgte dem Nationalrat ergänzte die Vorlage jedoch mit dem folgenden Wortlaut: «... soll grundsätzlich Besitzstandswahrung gelten. Die Aufnahme neuer Sportarten soll haushaltsneutral erfolgen.». Der Nationalrat berät nun diese Ergänzung.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat stimmt der vom Ständerat veränderten Vorlage zu. Der Bundesrat muss somit das für neue Sportarten verhängte Moratorium aufheben.	
06.06.2018	-	<p>18.3911 (Motion WBK): Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss auf der Sekundarstufe II führen. Der Bundesrat wird beauftragt mit den Kantonen die Zuständigkeit für die Umsetzung und Finanzierung von Bildungsmaßnahmen für spät zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene zu klären und die Beiträge an die Integrationsleistungen, welche durch die Regelstrukturen im Bildungsbereich erbracht werden, substantiell zu erhöhen. Die Finanzierung der zusätzlichen Integrationsleistungen soll über das Budget des Staatsekretariats für Migration garantiert werden. Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, der Nationalrat hat die Vorlage bereits überwiesen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage ist in dieser Session nicht behandelt worden.



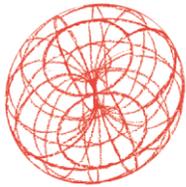
Datum	Nationalrat	Ständerat
		<p><u>18.3030</u> (Interpellation Vonlanthen): Unentgeltlicher Schulunterricht. Das Bundesgericht verunmöglicht Klassen- und Schneesportlager.</p> <p>Der Interpellant möchte vom Bundesrat wissen, wie er den Bundesgerichtsentscheid zur maximalen Mitfinanzierung von Schulagern durch die Eltern beurteile und welche Möglichkeiten bestehen, die Gemeinden und Kantone bei der Aufrechterhaltung von vielfältigen Schulaktivitäten und -Lagern zu unterstützen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Interpellant war von der schriftlichen Antwort des BR nur teilweise befriedigt gewesen und verlangte die Diskussion im Rat.
12.06.2018	<p><u>17.497</u> (Parlamentarische Initiative WBK): Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes.</p> <p>Die Initiative fordert, dass das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung über den 31. Januar 2019 hinaus um vier zusätzliche Jahre verlängert wird. Ziel der Vorlage ist es, die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder zu fördern und den Eltern so zu ermöglichen, Familie und Beruf oder Ausbildung besser miteinander zu vereinbaren. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates hat zugestimmt, einen Erlassentwurf auszuarbeiten. Die ständerätliche Schwesterkommission hat dem zugestimmt. Der Nationalrat berät nun den Entwurf in erster Lesung.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat einer Verlängerung des Impulsprogramms mit 103 zu 89 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. SVP und FDP unterlagen, obwohl sie im Nationalrat über eine knappe Mehrheit verfügen. Dies vor allem, weil die FDP nicht geschlossen gegen die Vorlage stimmte. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.	-
	<p><u>18.3005</u> (Motion SGK-NR): Für eine kohärente Gesetzgebung zu Sans-Papiers.</p> <p>Die Motion wurde von zurückgezogen.</p>	



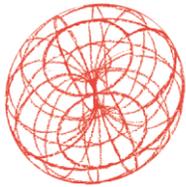
Datum	Nationalrat	Ständerat
12.06.2018	<p><u>18.3381</u> (Postulat SPK-NR): Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers</p> <p>In der Beratung der nun zurückgezogenen Motion der SGK-NR (18.3005) kam die Staatspolitische Kommission des Nationalrats zum Schluss, dass sich die Folgen der vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen nicht ohne weitere Abklärungen abschätzen lassen und reichte dieses Postulat ein. Es will die Folgen in einem Bericht und unter Berücksichtigung der gemachten Erkenntnisse aus der Genfer Operation Papyrus aufzuzeigen. Der Bericht soll die folgenden Punkte umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Auflistung aller Rechtsansprüche auf und aus Sozialversicherungen, die auch Personen ohne regulären Aufenthaltsstatus (Sans-Papiers) gewährt werden;- Folgen einer möglichen Aberkennung der gewährten Rechtsansprüche sowohl für Bund, Kantone und Gemeinden sowie für die betroffenen Sans-Papiers;- Zugang zu Schulen und anderen öffentlichen Dienstleistungen für Sans-Papiers;- heutige Praxis beim Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden, die mit Sans-Papiers in Kontakt stehen;- Vollzug der einschlägigen Strafbestimmungen und Rechtspraxis bei Verstössen im Zusammenhang mit Sans-Papiers (Beschäftigung, Arbeitsvermittlung, Wohnungsvermietung);- Anzahl jährliche Rechtsfälle im Zeitraum der letzten fünf Jahre, aufgeschlüsselt nach Art des Verstosses;- gängige Praxis der Regularisierung des Aufenthalts von Sans-Papiers sowie der Bewilligung der Erwerbstätigkeit gemäss Härtefallkriterien (Art. 31 VZAE);- Anzahl jährliche Regularisierungen über den Zeitraum der letzten fünf Jahre;- mögliche Lösungsansätze für Menschen ohne geregelten Aufenthalt. <p>➤ Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und überweist den Vorstoss der Staatspolitischen Kommission des Ständerates.</p>	



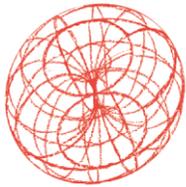
Datum	Nationalrat	Ständerat
12.06.2018	<p><u>18.3002</u> (Motion SPK-SR): Punktuelle Anpassung des Status der vorläufigen Aufnahme.</p> <p>Die Motion will den heutigen Status der vorläufigen Aufnahme grundsätzlich beibehalten. Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf mit punktuellen Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme vorzulegen, um die höchsten Hürden für die Integration in den Arbeitsmarkt für Personen, die längerfristig in der Schweiz bleiben, zu beseitigen. Zu prüfen sind insbesondere: die Änderung des Begriffs "vorläufige Aufnahme" und die Erleichterungen beim Kantonswechsel zwecks Erwerbstätigkeit. Der Ständerat hat die Motion mit 36 zu 5 Stimmen angenommen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat die Motion mit 108 zu 63 Stimmen angenommen und die Motion überwiesen.	
13.06.2018	-	<p><u>18.3092</u> (Postulat Maury Pasquier): Depakine-Skandal: Untersuchung der Situation in der Schweiz</p> <p>Die Interpellantin fordert vom Bundesrat einen Bericht über die Betroffenen von reproduktionsschädigenden Wirkungen von Valproat, dem Wirkstoff im Antiepileptikum Depakine und seinen Generika. Der Bericht soll Aussagen zu den folgenden Punkten enthalten: Anzahl der Fälle von Geburtsschäden und Entwicklungsstörungen, die mit Valproat zusammenhängen und wie viele Fälle noch zu erwarten sind, eine Evaluation der Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen zur Verhütung neuer Fälle, eine Erklärung dazu, warum zwischen dem Zeitpunkt der Bekanntwerdens der reproduktionsschädigenden Wirkungen und demjenigen der systematischen Information von Frauen darüber so viel Zeit verstrichen ist und schliesslich soll der Bericht aufzeigen, welche Instrumente bestehen oder welche Gesetzesänderungen vorzunehmen sind, um den Betroffenen auch noch Jahre später den Zugang zu Entschädigungen zu garantieren.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat nimmt das Postulat stillschweigend an und überweist es an den Bundesrat.



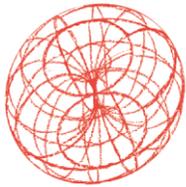
Datum	Nationalrat	Ständerat
13.06.2018		<p><u>18.3069</u> (Interpellation Luginbühl): Finanzierung der Behandlungs- und Folgekosten beim sogenannten «offenen Rücken».</p> <p>Der Interpellant will vom Bundesrat wissen, ob er die Problematik anerkennt, dass die derzeitige Finanzierung bzw. Nicht-Finanzierung der Spina Bifida ein Problem darstellt und ob im Gesetzgebungsprozess Bestrebungen bestehen, damit die pränatale/fötale Operation gleichbehandelt bzw. finanziert wird, wie die postoperative Operation. Schliesslich stellt er die Frage, ob die Finanzierung via eine Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes vorzunehmen sei.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Interpellant ist von der schriftlichen Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt. Er beantragte Diskussion im Rat. Die Vorlage ist nun erledigt. <p><u>18.3093</u> (Interpellation Maury Pasquier): Kostenbeteiligung bei Mutterschaft. Die Gesetzeslage ist noch immer nicht bekannt!</p> <p>Die Interpellantin weist darauf hin, dass nach wie vor viele Versicherer und Leistungserbringer die gesetzliche Bestimmung noch immer nicht kennen, dass der Versicherer für allgemeine Leistungen und Pflegeleistungen bei Krankheit, die ab der 13. Schwangerschaftswoche, während der Niederkunft und bis acht Wochen nach der Niederkunft erbracht werden, keine Kostenbeteiligung erheben darf. In diesem Zusammenhang möchte Sie vom Bundesrat das folgende wissen: Wann wird das vom BAG versprochene Erinnerungsschreiben an die Versicherer verschickt und wie könnte der Bundesrat besser über die Verfehlungen von Versicherern informiert werden, um das Ausmass des Problems festzustellen und gegebenenfalls intervenieren zu können.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Interpellantin ist von der schriftlichen Antwort des Bundesrates befriedigt. Sie beantragte die Diskussion im Rat. Die Vorlage ist nun erledigt.



Datum	Nationalrat	Ständerat
13.06.2018		<p><u>18.3236</u> (Interpellation Berberat): Aufnahme von Tetrasomie 15q in die Liste der Geburtsgebrechen.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, folgende Fragen zu beantworten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Warum steht Tetrasomie 15q noch nicht auf der Liste der Geburtsgebrechen? 2. Sieht der Bundesrat vor, dieses Gebrechen in die Liste der Geburtsgebrechen aufzunehmen? 3. Ist eine Revision besagter Liste vorgesehen, um weitere Gebrechen darin aufzunehmen? <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Interpellant ist von der schriftlichen Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt. Er beantragte die Diskussion im Rat. Die Vorlage ist nun erledigt.
14.06.2018	<p><u>17.4121</u> (Postulat Arslan): Drittes Geschlecht im Personenstandsregister.</p> <p>Das Postulat beauftragt den Bundesrat in einem Bericht darzulegen, was die Folgen wären, wenn im Personenstandsregister die Möglichkeit eröffnet würde, Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtssystem ("Frau" oder "Mann") einordnen lassen (wollen), mit einem dritten Geschlecht einzutragen, oder wenn das Personenstandsrecht generell nicht mehr auf das Geschlecht abstellen würde. Im Bericht ist darzulegen, welche Schwierigkeiten durch eine solche Erweiterung entstünden und wie diese beseitigt werden könnten. Dabei sind auch die Entwicklungen und Erfahrungen des Auslands einzubeziehen. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Wurde in dieser Session im Nationalrat noch nicht behandelt. <p><u>16.3695</u> (Postulat Feri): Anstossfinanzierung für Unterkünfte für von häuslicher Gewalt betroffene Personen.</p> <p>Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt zu prüfen, ob eine Anstossfinanzierung durch den Bund eine Option für Frauen-, Kinder- und Männerhäuser wäre. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung, der Nationalrat behandelt es als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vorlage ist in dieser Session noch nicht behandelt worden. 	<p><u>18.3377</u> (Motion Comte): Schülertransporte: Die Sicherheit der Kinder geht vor!</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die geltende Regelung dahingehend anzupassen, dass für alle Transportunternehmen - ob konzessioniert oder nicht - die Pflicht zum Tragen der Sicherheitsgurte gilt, sobald sie einen Schülertransportdienst anbieten. Der Bundesrat lehnt die Motion ab.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat lehnt die Vorlage mit 12 zu 24 Stimmen ab. Das Geschäft ist somit erledigt. <p><u>15.309</u> (Standesinitiative SH): Verankerung einer Beschwerdelegitimation des kostenpflichtigen Gemeinwesens gegenüber Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen der Kesb im ZGB</p> <p>Der Bund wird aufgefordert, in Artikel 450 ZGB die Beschwerdebefugnis des kostenpflichtigen Gemeinwesens gegenüber Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen der Kesb zu verankern. Der Nationalrat hat sich dagegen ausgesprochen, mit der Begründung, dass finanzielle Interessen einer Gemeinde zu falschen Anreizen bei KESB-Entscheiden führen könnten. Auch die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates hat ist dagegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat folgt dem Nationalrat und lehnt die Initiative mit 9 zu 30 Stimmen ab. Das Geschäft ist erledigt.



Datum	Nationalrat	Ständerat
14.06.2018	<p>17.4185 (Postulat Ruiz): Einführung einer dritten Geschlechtsidentität. Folgen für die Rechtsordnung und für Infostar.</p> <p>Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht vorzulegen, der prüft, welche gesetzlichen Änderungen und welche Anpassungen im elektronischen Personenstandsregister (Infostar) im Falle folgender Massnahmen nötig wären: die Einführung einer dritten Geschlechtsidentität im Personenstandsregister, der vollständige Verzicht auf die Angabe des Geschlechts im Register oder ein vorübergehender Aufschub des Eintrags bei neugeborenen Kindern mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen (Intersex-Personen). Der Bericht soll einen Überblick geben über die zu erwartenden Kosten, die für die Umsetzung dieser Änderungen benötigte Zeit und die zusätzlichen Konsequenzen, die sich für die Infrastruktur der Register in der Schweiz ergeben würden. Der Bundesrat beantragt die Annahme, der Nationalrat behandelt es als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage ist in dieser Session noch nicht behandelt worden. <p>16.3916 (Motion Rickli): Verbot von Kinderehen.</p> <p>Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament folgende Revision von Artikel 105 Ziffer 6 ZGB (Minderjährigkeit als Grund für unbefristete Eheungültigkeit) vorzulegen: 6. einer der Ehegatten minderjährig ist. (Der zweite Teil des Satzes "es sei denn, die Weiterführung der Ehe entspricht den überwiegenden Interessen dieses Ehegatten" ist zu streichen). Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage ist in dieser Session noch nicht behandelt worden.	



Datum	Nationalrat	Ständerat
14.06.2018	<p>17.4268 (Motion Gugger): Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung in den klassischen und digitalen Medien schützen.</p> <p>Der Bundesrat wird mit dieser Motion beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass Werbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten in Print- und Online-Produkten (inklusive Publireportagen, Social Media und Apps), welche Minderjährigen leicht zugänglich sind, verboten wird. Als "leicht zugänglich" gelten Print- und Online-Produkte, welche weder über Bezahl-Abonnemente noch über eine andere Form der persönlichen Identifizierung verfügen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage ist in dieser Session noch nicht behandelt worden.	
15.06.2018	<p>Schlussabstimmungen. Die Eidgenössischen Räte verabschieden die folgenden Geschäfte in den Schlussabstimmungen:</p> <p>17.046 (Geschäft des Bundesrates): Schweizer Recht statt fremde Richter. Volksinitiative.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ mit 129 zu 68 Stimmen (Nationalrat) und 38 zu 6 Stimmen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Selbstbestimmungsinitiative "Schweizer Recht statt fremde Richter", mit dem das Parlament die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. <p>17.048 (Geschäft des Bundesrats): Genetische Untersuchung beim Menschen. Bundesgesetz.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ mit 198 zu 0 Stimmen und 36 zu 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen das Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG), das neue Regeln für Gentests beinhaltet.	